

Die Bedeutung der Kommunen für die europäische Integration:

Mittler zwischen der EU und den Menschen

Die Kommunen sind ein wichtiger Baustein des europäischen Gebäudes. In den Anfängen der Europäischen Gemeinschaft waren es die kommunalen Partnerschaften, die den Bürgerinnen und Bürgern die Vision eines friedlichen Europas näherbrachten. In Zeiten zahlreicher Krisen in Europa gilt es, diese Partnerschaften wieder aktiver als ein Instrument kommunaler Europaintegration einzusetzen. Zudem können und sollten die Kommunen stärker als Mittler zwischen der Union und den Menschen wirken und sich noch mehr als bisher auf nationaler und europäischer Ebene in kommunalrelevante Eurothemen einbringen.

Ein Beitrag von
Georg Huber

Vor 60 Jahren, am 25. März 1957, unterzeichneten Vertreter Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Italiens die „Römischen Verträge“: den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG). Damit war der Grundstein zur europäischen Einigung gelegt.

Heute, 60 Jahre später, reden wir von der Europäischen Union und die Veränderung in der Bezeichnung ist keinesfalls bloße Kosmetik. Sie markiert eine Entwicklung im Prozess der europäischen Einigung, die über die ursprüngliche Zielsetzung einer stärkeren Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich (Zollunion, Gemeinsamer Markt) hinausgeht und die Zielsetzung einer politischen Union beinhaltet. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik, die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Unionsbürgerschaft und das Bemühen um ein angemessenes Zuständigkeitsverhältnis zwischen der EU und den Mitgliedstaaten einschließlich ihrer Untergliederungen durch die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips und die Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung im EU-Primärrecht sind Ausdruck und Ausfluss eines stetig fortschreitenden Inte-



Foto: Europäisches Parlament

Die europäische Politik muss den Menschen besser und verständlicher erklärt und vermittelt werden

grationsprozesses. Das zentrale Versprechen im EWG-Vertrag, die „Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“, ist in diesem Sinne erfüllt worden.

Es gibt also gute Gründe, den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gebührend zu feiern. Jedoch stellt sich keine rechte Feierlaune ein. Die europapolitische Debatte wird derzeit von Krisenszenarios bestimmt: Brexit, Flüchtlingskrise, Finanzkrise und damit verbunden hohe Jugendarbeitslosigkeitsraten in den von der Krise betroffenen Ländern trüben die Stimmung. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hat es in seiner Rede zur Lage der Union nicht an Deutlichkeit missen

Zum Autor:

Georg Huber ist Landrat des Landkreises Mühldorf a. Inn und Präsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

lassen als er feststellte: „Die Europäische Union befindet sich – zumindest teilweise – in einer existenziellen Krise.“

Der **Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)** ist eine kommunale Europa-bewegung. Hier versammeln sich diejenigen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die davon überzeugt sind, dass die Kommunen eine Verantwortung, eine Rolle und einen Platz im Prozess der europäischen Integration haben. Aus diesem Grund kann es uns nicht gleichgültig sein, was in und mit der EU passiert, und aus diesem Grund ist das Jubiläumsjahr 2017 auch ein Anlass, darüber nachzudenken, was wir dazu beitragen können, die europäische Idee (wieder) zu beleben.

Kommunale Partnerschaften

Die stärkste Kraft zur Förderung der europäischen Integration auf kommunaler Ebene sind die kommunalen Partnerschaften. Europäische Integration wird in erster Linie durch die Begegnung von Menschen, nicht über Brüsseler Richtlinien und Verordnungen erreicht. Begegnung ist die Basis für das Kennenlernen, das Verstehen und das Tolerieren des Anderen und des Andersseins. Sie ist gewissermaßen der Humus, auf dem das Zusammenwachsen von Nationen und Völkern nur gelingen kann.

Die Partnerschaftsbewegung wird heute mitunter etwas mitleidig belächelt, als etwas Gestriges und vor dem Hintergrund weltumspannender Kommunikation und Mobilität Antiquiertes angesehen. Dem ist entschieden zu widersprechen. Zugegeben, manche Kommunalpartnerschaften tun sich schwer, sich in ihren Inhalten und Formaten neuen Gegebenheiten anzupassen, aber das macht die Grundidee nicht obsolet. Wir merken gerade heute, wie sehr sich die Mitgliedstaaten in der EU entfremden und ein Ton um sich greift, den man eigentlich schon als für immer überwunden hielt.

Völkerverständigung – so deplatziert und altmodisch der Begriff im Europa der EU aufgrund des erreichten Integrationsniveaus klingen mag – ist offensichtlich etwas, das permanent gepflegt werden muss. Die kommunalen Partnerschaften sind hierfür der richtige Ort. Wir sollten uns die Mühe machen, dieses Instrument wieder aktiver als ein Instrument kommunaler Europa-integration einzusetzen. Ebenso wichtig sind – gerade für junge Menschen – Schüleraustausche. Sie fördern das persönliche Kennenlernen über Landesgrenzen hinweg und bauen Vorurteile ab.



Kommunen sollten sichtbar machen, wenn kommunale Projekte mithilfe europäischer Förder-gelder realisiert werden

Europa kommunizieren und erklären

Die Europäische Union ist für viele Bürgerinnen und Bürger ein nur schwer zu durchschauendes Gebilde. Europäischer Rat, Ministerrat, Ratspräsident, Ratsvorsitz, Europäische Kommission und Europäisches Parlament erscheinen vielen als ein undurchdringliches Institutionengeflecht. Die Institutionen tun ihrerseits ein Übriges, um mit kompliziert dargestellten Sachverhalten und nur Insidern verständlichen Fachbegriffen selbst den Europainteressierten die Lust zu nehmen, sich mit Europa auseinanderzusetzen.

Auf diesem komplizierten Terrain können und sollten die Kommunen sich als Wegbereiter für die Bürgerinnen und Bürger erweisen. Die Begegnung mit der EU wird für viele Bürgerinnen und Bürger am ehesten über die Kommune realisierbar sein. Die Kommunen sind diejenige Ebene, die den direktesten Kontakt zu den Menschen hat, daraus ergibt sich eine Chance, aber auch eine Verantwortung als Mittler zwischen der EU und den Menschen zu wirken. Der Europatag am 9. Mai eines jeden Jahres ist dabei nur eine Möglichkeit, Europa und die Europäische Union stärker ins Blickfeld zu nehmen. Viele Kommunen haben das Eurothema aber auch zu einem festen, dauerhaften Bestandteil ihrer Informationsarbeit etwa auf ihrer Internetseite gemacht.

Zum Stichwort „Europa kommunizieren“ gehört auch, für die Bürgerinnen und Bürger deutlich sichtbar zu machen, wenn kommunale Projekte mithilfe europäischer Förder-gelder realisiert werden. Eine kommunale Europakommunikationsstrategie bedeutet keinesfalls, dass die Kommunen sich als Werbeagentur der Europäischen Kommission verstehen müssen. Es geht nicht darum, für Europa zu werben, sondern darum, Europa zu erklären.

Eine bürgernahe Union

Artikel 1 des Vertrages über die Europäische Union enthält die Verpflichtung, die Entscheidungen in der EU möglichst bürgernah zu treffen. Was heißt das konkret, wenn diese Vorgabe nicht zu einer inhaltsleeren Formel verkommen soll? Zwei Dinge sind hierfür unabdingbar: Die Europäische Kommission muss das Subsidiaritätsprinzip ernst nehmen und sie muss in den Bereichen, in denen sie Regelungen trifft, sensibel sein was die Eingriffstiefe angeht.

Jean-Claude Juncker hat dies am Beginn seiner Amtszeit als Kommissionspräsident auf folgende griffige Formel gebracht: „Ich wünsche mir eine Europäische Union, die in großen Fragen Größe und Ehrgeiz zeigt und sich in kleinen Fragen durch Zurückhaltung und Bescheidenheit auszeichnet.“ Und in der Tat, zahlreiche Umfragen zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr „Europa“ wollen, wenn es um Themen geht, in denen nationale Regelungen nicht weiterführen, der EU aber durchaus kritisch gegenüberstehen, wenn sie das Gefühl haben, dass „Europa“ zu stark in Dinge ihres Alltags eingreift.

Die Kommunen können und sollten daher den Kommissionspräsidenten bei der Erfüllung seines Wunsches unterstützen. Denn wer wäre besser geeignet, Bürgernähe in die Europapolitik einzubringen als die Kommunen. Das bedeutet allerdings, dass sich die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker einmischen und dafür kämpfen müssen, dass kommunale Befindlichkeiten Eingang in die Er- und Abwägungsprozesse auf europäischer Ebene finden. Wenn man davon ausgeht, dass etwa 70 Prozent aller in Brüssel verabschiedeten Regelungen Auswirkungen auf kommunale Zuständigkeits- und Aufgabengebiete haben, wird deutlich, wie stark Europa auf die Kommunen einwirkt und somit das (Zusammen-)Leben in unseren Kommunen bestimmt. Es wird damit aber auch deutlich, dass die Kommunen wichtige „Player“ in dem Bemühen sind, die Europäische Union bürgernäher zu gestalten. Die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in unseren Kommunen sollten dies als Auftrag begreifen.

Ein kommunalpolitisches Engagement in kommunalrelevanten Europathemen erfordert dabei keinesfalls, immer nach Brüssel reisen zu müssen, wenngleich es zu empfehlen ist, sich auch vor Ort den „Maschinenraum“ der Brüsseler Gesetzgebung anzusehen, um die Komplexität der Europapolitik mit 28 Mitgliedstaaten, die alle ihre Eigenheiten möglichst gewahrt sehen wollen,

zu verstehen. Das Europäische Parlament ist ein bedeutender Akteur in der europäischen Gesetzgebung. Im Europäischen Parlament sitzen 96 deutsche Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus allen Regionen Deutschlands. Ein enger Schulterschluss zwischen den Europaabgeordneten aus der jeweiligen Region und den Kommunalpolitikerinnen und -politikern ist eine Möglichkeit, die vielleicht noch stärker genutzt werden kann, um kommunale Anliegen in den Gesetzgebungsprozess auf europäischer Ebene einzuspeisen.

Ein anderer wichtiger Akteur im europäischen Gesetzgebungsprozess sind die Regierungen der Mitgliedstaaten und aufgrund der Besonderheit Deutschlands auch die Bundesländer. Es ist deshalb auch sinnvoll, die Bundestags- und Landtagsabgeordneten in den jeweiligen Wahlbezirken für kommunale Belange in europapolitischen Themen zu sensibilisieren.

Neues Bekenntnis zu Europa

Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben vor zehn Jahren, als der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gefeiert wurde, in einer [Erklärung](#) folgende Feststellung getroffen: „Viele Ziele können wir nicht einzeln, sondern nur gemeinsam erreichen. Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen teilen sich die Aufgaben.“ Dieser Satz könnte auch in einer Erklärung im Jahre 2017 aus Anlass des 60. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge stehen, denn er gilt nach wie vor. Und es gilt insbesondere auch nach wie vor, dass die Kommunen sich als Teil des „Prozess(es) der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas, in der Entscheidungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzips möglichst bürgernah getroffen werden...“ verstehen, so wie es in der Präambel des Vertrages über die EU heißt. ■

Infos

Europäischer Rat der Gemeinden und Regionen Europas „Council of European Municipalities and Regions“:

<http://www.ccre.org/>

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas:

<http://www.rgre.de/>

Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge:

http://europa.eu/50/docs/berlin_declaration_de.pdf